

den, wenn auch nicht in dem Maßstabe, behaupten; und jeder, der bisher seine Sachen nicht in Oesterreich um Papiergeld gekauft hätte, hätte zu seinem Nachtheile große „Schnitzer“ gemacht. Ja wenn Niemand im Lande den Unterschied zwischen Banknoten, Silbergulden und Napoleonsdor zu berechnen verstände, dann hätte der Schreiber vollkommen recht, aber sonst nicht. Diese Frage aber überlassen wir süglich unsern Lesern. —

Im Weitern will es dem Einsender unbegreiflich erscheinen, daß durch die Entwerthung des österreichischen Silbergulden den Landesfonden und den im Lande angelegten Capitalien älteren Datums Verluste drohen.

Uns erscheint aber diese Behauptung als unbegreiflich: denn ein im vollwerthigen Gelde angelegtes „altes Capital“ verliert doch ganz gewiß, wenn es mit entwertheten Gulden verzinst oder zurückbezahlt wird, und zwar auch dann, wenn der entwerthete Gulden gesetzlich für voll genommen werden muß, weil nicht der Titel sondern der wirkliche Werth maßgebend ist. Mag man über die Münzfrage denken, wie man will, solche Sätze müssen unter allen Umständen anerkannt werden, wenn man auch nicht Willens ist denselben Rechnung tragen zu wollen. —

Das sind ungefähr die Hauptpunkte der besprochenen Einsendung: die darauf hinweisen, daß im Unterlande bereits einzelne Stimmen dem österreich. Papiergelde zusteuern, welche Strömung aber nach unserer Ansicht nie genügend Boden in unserem Ländchen finden kann und wird. —

### Vaterländisches.

**Baduz, 26. Jänner.** (Eingeseendet.) In Nr. 51 der Liechtensteinischen Wochenzeitung vom vorigen Jahr ist der Wunsch ausgedrückt, daß man die Hecken und Gesträuche um die Weinberge herum austrotten sollte, weil sie den Vögeln zum Nisten, dem Wild und zweifüßigen Räschern mit Menschengesichtern, zu erwünschten Schlupfwinkeln dienen etc. — Damit vollkommen einverstanden, und eben um diese frommen Wünsche nicht schon bald wieder im Reiche der Vergessenheit zu sehen, möchte ich sie wieder in Erinnerung bringen. Gehe aber noch einen Schritt weiter und frage, ob es nicht sehr wünschenswerth wäre, wenn es sich unsere löbl. Gemeindevertretung zur Aufgabe machen würde, auf eine bessere Einfriedung der Weinberge Bedacht zu nehmen, — wenn man z. B. alljährlich Mauern von 400 bis 500 Meter Länge erstellte, mehr oder weniger, wie man es gut fände, im Herabsteigerungswege vergeben und dann die Unkosten auf den Besitz des Einfanges umlegen würde, so hätte die Gemeindevertretung eine wünschens- und lobenswerthe kleine Mühe übernommen, was nicht nur zu einer praktischen Umfriedung, sondern zur Verschönerung des Ortes und zur größeren Berühmtheit unseres Weines, und unserer Rebenarbeiten wesentlich beitragen würde, worauf doch jeder Baduzer einen gewissen Stolz hat. Wenn man 20 oder noch mehr Jahre für diese Arbeiten brauchte, so würden sie nicht erdrückend sein, und man hätte in dieser Hinsicht einen schönen Fortschritt gemacht und unserer Weinkultur eine größere Achtung verschafft.

**Baduz, 31. Jänner.** Ueber die hinsichtlich der Ergebnheitsadresse der Gemeindevertretungen des Oberlandes erfolgte landesherrliche Antwort hat die fürstl. Regierung unter dem 27. I. M. nachfolgendes Dekret an die Ortsvorstände der obern Landschaft erlassen:

„Seine Durchlaucht haben die von den Gemeindevertretungen der obern Landschaft aus Anlaß der Bewegung gegen das nunmehr fixirte Münzgesetz unterbreitete Ergebnheitsadresse mit dem Bemerkten wohlgefällig zur Kenntniß genommen, daß dieses Schriftstück Höchstselber zur großen Freude und Genugthuung als Beweis der Anhänglichkeit der Unterzeichner gereichte.

Der Herr Ortsvorsteher haben von dieser landesherrlichen Resolution die Mitglieder des Gemeinderathes von — zu verständigen.“

**Triesenberg, 30. Jänner.** (Eingeseendet.) Wenn das neue Münzgesetz auch vielseitig angefeindet wird, so können doch keine stichhaltigen Gründe dagegen aufgebracht werden; allerdings kann das, was in den Jahren 1874—76 hin und her gehandelt und verkehrt wurde, unmöglich mehr geendet werden.

In Staaten, wo man zu dem Mittel des Zwangskurses Zuflucht nimmt, geschieht solches nur in dem äußersten Finanznothfall. Wenn nun der jetzt aufgelöste Landtag ohne Finanznoth (denn so weit ist es in Liechtenstein Gott sei Dank noch nicht gekommen) ein Gesetz im Sinne der Gegner votirt hätte, so hätte er nicht nur das Unrecht öffentlich gut geheißen, sondern auch ein Landesübel für die Zukunft geschaffen. Daß aber der Zwangskurs in jedem Staate ein Landesübel ist, gilt nach dem Urtheile der meisten Staatsmänner, denen man doch mehr Zutrauen schenken darf, als gewissen freundschaftlichen Einflüsterungen von Feldkirch, für richtig. Das Vorgehen des aufgelösten Landtages in der Münzfrage war demnach ein durchaus gerechtes und lobenswerthes.

Ein Recht und Ordnung liebender Liechtensteiner.

### Ausland.

Ueber die letzte Konferenzsitzung und die Auflösung der Konferenz schreibt man der „Pol. Corr.“ aus Constantinopel, 24. Jänner: „Wiewohl der Telegraph, gleichen Schritt mit den Ereignissen haltend, mit allem Thatsächlichen über das Ende der Konferenz längst vorausgeeilt ist, so dürften die Details der wichtigen Vorgänge, welche sich soeben abgespielt haben noch immer genug Interesse bieten, namentlich wenn deren Darstellung Anspruch auf Authentizität erheben darf. Sonnabend den 20. Jänner versammelten sich die Konferenzbevollmächtigten um 1½ Uhr Nachmittags in ihrem gewöhnlichen Berathungstokale. Savfet Pascha erklärte die Sitzung für eröffnet und nahm unverzüglich selbst das Wort, um die endgültige Antwort der Pforte auf die bekannten zwei Vorschläge der Konferenz, betreffend die Einsetzung einer gemischten Control-Commission und die Ernennung von General-Gouverneuren in den insurgirten Provinzen in Gemäßheit eines zwischen der Pforte und den Vertretern der sechs Garantemächte zu unterzeichnenden Protokolls zu ertheilen. Diese Vorschläge, sagte Savfet Pascha, werden als ein Eingriff in die souveränen Rechte und die Unabhängigkeit des Reiches betrachtet; die Pforte konnte die schwere Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen sie anzunehmen oder zu verwerfen, ohne vorher die Meinung der Nation einzuholen. Zu diesem Behufe hat die hohe Pforte am Donnerstag einen außerordentlichen „Großen Rath“ einberufen, welcher die vorliegenden Vorschläge mit Einstimmigkeit verworfen hat. Savfet Pascha unterbreitete hierauf das Protokoll des „Großen Rathes“ und fuhr in seiner Rede, wie folgt, fort: „Immerhin drückt die kaiserliche Regierung den befreundeten Mächten für ihre Bemühungen um die Pazifikation unserer in ihrer Ordnung gestörten Provinzen und für ihre Fürsorge im Interesse der Wohlfahrt des Reiches und der Verbesserung des Loses seiner Völker ihren Dank aus. Da die Regierung des Sultans gerade diese Verbesserung zu ihrer Haupt Sorge macht, ist sie zur radikalen Reorganisation des Regierungssystems geschritten, und überzeugt daß durch die neuen Institutionen dieses Resultat erlangt werden wird, erneuert sie durch ihre Bevollmächtigten die offizielle Versicherung über die vollständige und aufrichtige Durchführung der Charte.“ Savfet Pascha schloß seine Rede mit der Erklärung: daß die kaiserliche Regierung im Geiste der Versöhnlichkeit bereit sei die Verhandlungen über die anderen im Prinzip angenommenen Vorschläge der Mächte fortzusetzen. — Was die Bestimmung einer